



## Niederschrift zur 7. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

**Sitzungstermin:** Dienstag, den 22.06.2021  
**Sitzungsbeginn:** 18:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 22:19 Uhr  
**Ort, Raum:** Sporthalle Dabendorf, Jägerstraße 13, 15806 Zossen, GT  
Dabendorf

### **Anwesend sind:**

#### **Stadtverordnete(r)**

Herr Thomas Blanke  
Herr Stefan Christ  
Herr Detlef Gurczik  
Herr Markus Herrmann  
Herr Peter Hummer  
Herr René Just  
Herr Wilfried Käthe  
Herr Detlef Klucke  
Frau Janine Küchenmeister  
Herr Hermann Kühnapfel  
Herr Edgar Leisten  
Frau Martina Leisten  
Herr Norbert Magasch  
Herr Olaf Manthey  
Herr Marko Njammasch  
Herr Max Reimann online zugeschaltet  
Herr Sven Reimer  
Herr Alexander Rümpel  
Herr Reinhard Schulz  
Herr Steffen Sloty  
Herr Rolf von Lützwow  
Herr Matthias Wilke  
Herr Wolf-Dieter Wollgramm  
Herr Rainer Zurawski

#### **Bürgermeisterin**

Frau Wiebke Schwarzweller

#### **Öffentlichkeitsarbeit**

Herr Michael Roch

#### **Protokollantin**

Frau Miriam Heinrich  
Frau Carolin Peidelstein

### **Es fehlen:**

#### **Stadtverordnete(r)**

Herr Thomas Czesky entschuldigt  
Herr Torsten Kniesigk entschuldigt  
Herr Carsten Preuß

## Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 12.05.2021 und der Fortführungssitzung vom 19.05.2021
5. Bericht aus der Verwaltung
6. Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL
7. Einwohnerfragestunde
8. Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung
9. Information und Beratung Androhung einer Klage Solarpark am Koschewoi-Ring
10. Finanzielle Unterstützung der Schultütenpatenschaften
11. Beschlussvorlagen
- 11.1. Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Zossen für das Jahr 2021 über die Ladenöffnungszeiten aus besonderem Anlass gemäß § 5 Abs. 1 des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes (BbgLÖG) in der derzeit gültigen Fassung  
Vorlage: 087/21
- 11.2. 1. Umbenennung des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Zossen Mitte" in (Straßen-) Bebauungsplan „Verlegung B246 / Brückenbau zur B96“ 2. Offenlagebeschluss (Straßen-) Bebauungsplan „Umleitung B246 / Brückenbau zur B96“  
Vorlage: 083/21
- 11.3. Satzung zur Benutzung von Kindertagesstätten in der Trägerschaft der Stadt Zossen sowie zur Erhebung und Höhe der Elternbeiträge (Kita-Satzung)  
Vorlage: 078/21
- 11.4. Einbringung einer Sacheinlage in die Schulbau Dabendorf GmbH über die ZWG  
Vorlage: 081/21
- 11.5. Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan "Siedlung Neuhof" im Ortsteil Wünsdorf (Gemeindeteil Neuhof)  
Vorlage: 042/21
- 11.6. Errichtung einer Tempo-30-Zone in der Siedlung Neuhof  
Vorlage: 074/21
- 11.7. Offenlagebeschluss Entwurf des Bebauungsplanes "Südlich Gerichtsstraße 20"  
Vorlage: 084/21
- 11.8. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Töpchiner Weg - Kleines Dreieck"  
Vorlage: 075/21
- 11.9. Offenlagebeschluss für den Bebauungsplan "Siedlung am Wasserfließ" der Stadt Zossen  
Vorlage: 077/21
- 11.10. Offenlagebeschluss des Bebauungsplanes Machnower Chaussee neben NETTO  
Vorlage: 043/21
- 11.11. Offenlagebeschluss für den Bebauungsplan „Wohngebiet Glienicker Straße – 2. BA“ der Stadt Zossen  
Vorlage: 076/21
- 11.12. Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes "Wohnsiedlung Machnower Chaussee"  
Hier: Befreiung von der Festsetzung "zu erhaltender Baum"  
Vorlage: 061/21
- 11.13. Grundsatzentscheidung für den Abschluss städtebaulicher Folgekostenverträge gemäß § 11 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 BauGB  
Vorlage: 082/21
- 11.14. Antrag der Fraktion DIE LINKE/SPD Zossen vom 24.02.2021, eingegangen in der Stadt Zossen am 02.03.2021: Städtebauliche Folgekostenverträge  
Vorlage: 047/21
- 11.15. Antrag der Fraktion Wir für Zossen vom 10.05.2021, eingegangen bei der Stadt Zossen am 10.05.2021: Antrag für einen Bindungsbeschluss der Gesellschafterin (HVB) zur Änderung des Gesellschaftervertrages der ZWG vom 17.03.2021  
Vorlage: 073/21
- 11.16. Antrag der Fraktion Wir für Zossen vom 21.05.2021, eingegangen bei der Stadt Zossen am 25.05.2021: Antrag hinsichtlich der Gestaltung von zukünftigen Erbbaupachtverträgen  
Vorlage: 079/21
- 11.17. Antrag der Fraktion Wir für Zossen vom 21.05.2021, eingegangen bei der Stadt Zossen am 25.05.2021: Antrag auf Vorlage der Planungen zur Nordumfahrung zeitgleich mit der Planung Bahnquerung Dabendorf „Mitte“ gegenüber der Deutschen Bahn zur weiteren Vorlage und Beschlussreife beim Eisenbahnbundesamt  
Vorlage: 080/21
- 11.18. Antrag der Fraktion AfD, eingegangen bei der Stadt Zossen am 27.04.2021: Antrag auf Beteiligung am Internet-Portal "Märker.de" im Land Brandenburg  
Vorlage: 066/21
12. Sitzungskalender 2. Halbjahr 2021

## Öffentlicher Teil

### zu 1 **Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung**

Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Kühnapfel, um 18:37 Uhr eröffnet.

### zu 2 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Kühnapfel stellt fest, dass von den 27 Stadtverordneten (zuzüglich Frau Schwarzweller) 25 anwesend sind. Die Sitzung ist somit beschlussfähig. Herr Reimann ist der Sitzung online zugeschaltet.

Herr Kühnapfel weist darauf hin, dass die Maskenpflicht auch weiterhin besteht. Es sei denn man befindet sich auf seinem Platz.

### zu 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Leisten äußert den Wunsch, dass TOP 11.18 vorgezogen werde da der Fraktionsvorsitzende auf der morgigen Sitzung nicht anwesend sein könne. Es gebe Bedenken, dass die Tagesordnung nicht vollständig abgearbeitet werden könne.

Herr Kühnapfel weist darauf hin, dass alle Tagesordnungspunkte, die heute nicht abgearbeitet werden können auf die Tagesordnung nach den Ferien kommen. Es gebe keinen Grund, den Antrag vorzuziehen.

Frau Küchenmeister erklärt, dass sie die Tagesordnungspunkte 11.15 und 11.17 zurückziehe und diese somit von der Tagesordnung genommen werden können.

Frau Schwarzweller zieht den Tagesordnungspunkt 11.4 von der Tagesordnung zurück, da der entsprechende Beschluss zunächst im Finanzausschuss diskutiert werden soll.

Abstimmung zur so geänderten Tagesordnung: 24 / 0 / 1

### zu 4 **Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 12.05.2021 und der Fortführungssitzung vom 19.05.2021**

Es liegen keine Einwendungen gegen die oben genannten Niederschriften vor. Die Niederschriften gelten damit als angenommen.

### zu 5 **Bericht aus der Verwaltung**

Der Bericht aus der Verwaltung wurde in schriftlicher Form an alle Stadtverordneten vor der Sitzung verteilt. Er enthält folgende Punkte, über die die Anwesenden informiert werden:

#### I Kämmerei

1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
3. Jahresübersicht: Liquiditätsentwicklung 2021 inkl. Forecast

#### II Schulverwaltung

- II.1. aktuelle Belegungszahlen Kitas
- II.2. aktuelle Belegungszahlen Horte
- II.3. Umzug Gesamtschule Dabendorf

#### III Bauamt

##### III Tiefbau

1. BA – Erweiterung der Einmündung Jägerstraße
2. BA – Ausweichstellen für Busse

Fakten zum 1. und 2. BA

3. BA – Straßenausbau Zum Königsgraben

#### III. Bauamt - Bauleitplanung

- III.1. Straßenausbau Zum Königsgraben / Jägerstraße in Dabendorf

#### IV Highlights / Ausblicke

Weinfest in den Höfen

Radwegekonzept der Stadt Zossen – Phase 1: Bestandsaufnahme; Phase 2: Erstellung; Phase 3: Fertiges Maßnahmenkonzept

Brandenburger Lesesommer 2021 Auftaktveranstaltung am 23.06.2021

Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“

Der Bericht ist dem Urprotokoll als Anlage beigefügt.

**zu 6 Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL**

Der Bericht wurde vor der Sitzung in schriftlicher Form an die Stadtverordneten verteilt und ist dem Urprotokoll als Anlage beigefügt. Frau Schwarzweller liest den Bericht für die Anwesenden vor.

**zu 7 Einwohnerfragestunde**

Herr Kühnapfel bittet um Einhaltung der Redezeit und bittet um Fragen und nicht um die Abgabe von Statements.

Herr J., OV Horstfelde:

1. 61 ha Bebauung in Neuhof: Wie ist die rechtliche Lage für die anderen OT?
2. Wird hier nicht die Legalisierung der Schwarzbauten im Nachhinein geheilt.
3. an Linke /SPD: Wie sieht es mit den Kitaplätzen aus?
4. morgige Sitzung: Warum ist die Beratung über den Festplatz in Zossen nicht im KTUE?
5. Was ist mit den Schulkindern? Kann nicht sein, dass sie 2,5 km Fußmarsch machen müssen, wenn sie in der Goethestraße aussteigen sollen.

Frau Schwarzweller:

zu 5.: Wir haben gute Lösungen im Ansatz.

zu 4.: Ich sage nichts zu nichtöffentlichen Dingen im öffentlichen Teil dieser Sitzung.

zu 1.: Wir wollen den Flächennutzungsplan in geltendes Recht umwandeln und sind nach ausführlichen Diskussionen zu dem Entschluss gekommen, dass ein B-Plan an dieser Stelle Sinn macht. Andere Ortsteile werden in rechtlicher Hinsicht nicht tangiert.

zu 2.: Auf so eine Unterstellung müsse nicht geantwortet werden.

19:06 Uhr -> Herr Gurczik raus, 24 Stadtverordnete anwesend

Einwohnerin 1:

Wie ist der Abarbeitungsstand der Medienentwicklungspläne? Sind Anträge gestellt worden? Wie ist der Bearbeitungsstand?

Wie sieht es mit dem Ü7-Verfahren aus?

Frau Schwarzweller:

Natürlich wurden alle möglichen Fördermittelanträge gestellt. Für alle Schulen wurden die Medienentwicklungspläne erstellt. Derzeit ist die Lage am Markt so, dass nicht alle Geräte verfügbar sind. Gibt es etwas Neues, wird darüber natürlich berichtet.

Einwohnerin 1:

Haben Sie für alle Schulen die Medienentwicklungspläne erstellt und sind diese eingereicht worden und wurden diese bewilligt? Hat die Stadt die Bewilligungen erhalten? Gibt es beim Ü7-Verfahren Schwierigkeiten? Wie sieht es dort aus?

Frau Schwarzweller:

Die Verwaltung hat Ihre Fragen beantwortet.

Einwohnerin 1:

Die Einwohnerin äußert den Verdacht, dass Frau Schwarzweller nicht wisse, was Ü7-Verfahren bedeute und deshalb nicht antworten könne. Es gehöre sich, dass über den Stand des Einschulungsverfahrens berichtet werde. Wie ist das konkrete Anmeldeverfahren an der neuen Gesamtschule Dabendorf? Hat es sich verbessert oder verschlechtert?

Frau Schwarzweller:

Mit einer Antwort müssen Sie sich noch etwas gedulden.

**zu 8 Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung**

Frau Leisten:

Gehe ich recht in der Annahme, dass Sie oder Herr Kramer bei dieser Beratung anwesend sein werden? Wie werden Sie sich dort im Sinne der Stadt Zossen positionieren?

Sie waren am vergangenen Samstag bei der Einweihungsmaßnahme des Strandbades Kallinchen anwesend. Sie alle konnten sich über die Situation in Kallinchen überzeugen. Am Samstag und Sonntag konnten wir niemanden vom Ordnungsamt beobachten, der dort kontrolliert hat.

Wie sieht es in den kommenden Monaten aus? Wie ist das Ordnungsamt personell aufgestellt?

Frau Schwarzweller:

Natürlich werden entweder Herr Kramer oder ich an der Arbeitsberatung teilnehmen. Danke, dass Sie die Mitarbeiter aus dem Rathaus auch zur Veranstaltung in Kallinchen eingeladen haben, die Sie tatkräftig unterstützt haben. Die Tatsache ist so, dass das Ordnungsamt unterbesetzt ist. Dies liegt auch an einem Krankheitsfall. Wir stehen in einem regen Austausch mit der Kalli GmbH.

Herr Blanke:

Frage zur Sitzung am 23.06: Wenn morgen doch eine ordentliche Sitzung einberufen ist, welche Ressourcen werden warum und wie gebunden oder vielleicht sogar verschwendet? Die morgige Sitzung könnte als Fortführungssitzung genommen werden.

Frau Schwarzweller

Wie und wann eingeladen wird liegt an mir als Bürgermeisterin und am Vorsitzenden.

Herr Kühnapfel:

Alles, was wir heute nicht schaffen, wird erneut nach den Ferien eingeladen. Morgen gibt es vor dem nichtöffentlichen Teil einen kleinen öffentlichen Teil - unseren Statuten entsprechend – dem nichtöffentlichen Teil vorgeschaltet. Erst nach der Sitzung geht es in die Sommerpause.

Herr Manthey:

Das vor einiger Zeit beschlossene 30-km/h-Schild an der neuen Schule wurde an einer anderen als der beschlossenen Stelle eingebuddelt. Welchen Grund gab es dafür, dass die Beschilderung nicht so umgesetzt wurde, wie von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen?

Warum wurden im Bericht aus der Verwaltung keine Zahlen für die 7. und 1. Klassen genannt?

Frau Schwarzweller:

Die 1. Klassen ziehen nicht in die neue Gesamtschule ein. Wir haben noch einen Tagesordnungspunkt zu den Schultütenpatenschaften.

Das Thema Tempo 30-km/h-Schild muss ich prüfen.

Herr Klucke:

Zu der Veranstaltung am Wochenende in Kallinchen richtet Herr Klucke ein Lob an Herrn Schulz für die super gelungene Veranstaltung. Es müsse in Kallinchen unbedingt über die Parkplätze nachgedacht werden. Es müsse jemand an der Hauptstraße stehen und den Anreisenden sagen, dass alle Parkplätze am Strandbad belegt sind.

Weiterhin ist Herr Klucke sich sicher, dass er mit dem KTUE den Anstoß zur weiteren Bearbeitung des Radwegekonzeptes gegeben hat. Der KTUE werde sich mit dem gesamten Stadtgebiet befassen. Er bittet die Stadtverordneten um Zusendung von Anregungen zu diesem Thema. Das von Herrn J. angesprochene Thema der Festwiese im morgigen nichtöffentlichen Teil wird hoffentlich nur beraten und dann in den KTUE verwiesen.

Frau Küchenmeister:

Sie habe am 08.06., als der RSO tagte, Herrn von Lützwow, Herrn Preuß und zwei Damen von der EWZ gesehen, die eine Gesprächsrunde beendet haben. Was war der Inhalt dieser Besprechung? Die Fraktion Wir für Zossen möchte mehr Transparenz.

Herr von Lützwow:

Er treffe sich sehr oft mit den verschiedensten Gesprächspartnern. Er habe sich über das Thema INSEK – modernes Quartier beraten.

Wie ist der Stand zur Errichtung des Kreisverkehrs rüber zur Friedensstraße?

Bis wann können wir mit dem Anfang von Planungen von mindestens 3 Kitas rechnen?

Frau Schwarzweller:

Der Anfang ist gemacht. Man warte noch auf die ein oder andere Zuarbeit der Investoren. Sobald die Zuarbeiten vorliegen, gehen diese in die Ausschüsse zur Beratung. Die zeitli-

che Umsetzung liege dann bei der Stadtverordnetenversammlung. Es komme darauf an, wie schnell ein B-Plan aufgestellt werden kann. Die schnellsten Umsetzungschancen habe das „Kitaschloss“. Sie sei optimistisch, dass definitiv mittelfristig eine Entlastung hinbekommen werde.

Kreisverkehr Friedensstraße: Eine weitere Beratung kann hoffentlich nach der Sommerpause erfolgen.

Herr Klucke:

Es gibt einen Antrag von Wir für Zossen hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung von Erbbaupachtverträgen. Wie kommt die neue Klausel in den Vertrag zu einem Vorkaufsrecht von 3 oder 5 Jahren? Wer hat das veranlasst?

Frau Schwarzweller:

Wenn Sie den Antrag richtig lesen, stellen Sie fest, dass es darum in dem Antrag von Wir für Zossen gar nicht geht.

Herr Njammasch:

An Herrn Klucke zum Thema Radwege: Gestern gab es wohl in Horstfelde eine Runde zum Thema Radwege, mit einer Bundestageskandidatin usw. Gibt es da etwas, was wir wissen sollten?

Herr Käthe:

Bitte an die Verwaltung: In Vorbereitung der Haushaltsplanung für das kommende Jahr könnten wir vom Stadtwehrführer einen schriftlichen und mündlichen Bericht zum Stand der Feuerwehren im Stadtgebiet bekommen? Welche technischen Ausstattungen werden wir in den nächsten Jahren benötigen?

Herr Kühnapfel:

Ich gehe davon aus, dass wir alles im Internet zu den Radwegen lesen können. Wenn ich Gespräche mit irgendwelchen Leuten führe, muss ich nicht jedermann dazu einladen.

19:21 Uhr, Herr Gurczik anwesend

**zu 9**

### **Information und Beratung Androhung einer Klage Solarpark am Koschewoi-Ring**

Alle Stadtverordneten erhielten vor der Sitzung eine Präsentation zum Thema in schriftlicher Form verteilt. Frau Schwarzweller erläutert den Sachverhalt für alle Stadtverordneten und anwesenden Einwohner ausführlich.

Die Präsentation umfasst folgende Punkte:

- I. Ausgangslage und Aufstellungsbeschluss 2018
- II. Erneuter Aufstellungsbeschluss 2018
- III. Offenlagebeschluss für den Entwurf des Bebauungsplanes „Solarpark am Koschewoi-Ring“ im GT Waldstadt, OT Wünsdorf der Stadt Zossen
- IV. Ablehnung des Vorhabens durch die UNB
- V. Androhung einer Klage

Frau Schwarzweller legt den Sachverhalt ausführlich dar. Der Investor drohe mit einer Klage gegen die Verwaltung in Höhe von 1,7 Mio. €. Frau Schwarzweller bittet um die Meinung der Stadtverordneten dazu, ob das Thema noch einmal als Beschluss auf eine Stadtverordnetenversammlung soll.

Herr Herrmann erklärt nachdrücklich, dass er mit NEIN stimme. Der Schriftwechsel, mit dem Investor, habe ihn in seiner Meinung bestärkt. Er möchte das Thema nicht noch einmal auf einer Stadtverordnetenversammlung haben.

Herr Klucke erkundigt sich, wie die Meinung der Bürgermeisterin und des Ortsbeirates sei.

Frau Schwarzweller antwortet, dass es auf ihre Meinung nicht ankomme.

Herr Kühnapfel erklärt, dass man mehrmals im Gremium die Meinung des Ortsvorstehers gehört habe. Die Stadtverordneten hätten ein Meinungsbild, das klar und deutlich sei.

19:52 Uhr – Herr Christ raus

Frau Leisten betont, dass sie sich der Meinung von Herrn Herrmann anschlieÙe. Der zunehmende Schriftverkehr Sorge dafür, trage nicht zu einer positiven Überzeugungsbildung bei. Die Fraktion AfD bleibe bei ihrem NEIN. Der Investor trete sehr aggressiv auf.

Herr Reimer äußert, dass er sich erpresst fühle. Es könne nicht sein, dass die legitime Meinung der Vertreter dieser Stadt erpresst werde.

Frau Küchenmeister wünscht, dass die Mitglieder der Fraktion Wir für Zossen noch einmal die ganzen Unterlagen erhalten. Die Fraktion interessiere sich für die Stellungnahme der Juristen der Stadt Zossen. Sie möchte die Rechtslage prüfen. Die Fraktion Wir für Zossen könne erst eine Aussage treffen, wenn sie die Stellungnahme des Rechtsanwaltes der Stadt Zossen kenne.

Herr Blanke meint, dass die Fraktionsvorsitzenden auf unangenehme Weise in ihrer Meinungsbildung beeinflusst werden. Das sei allen aufgefallen und ein Fall von extremem Lobbyismus.

19:56 – Herr Christ anwesend

Weiter führt Herr Blanke aus, dass die Verwaltung Geld in die Hand nehmen müsse, um prüfen zu lassen, wie die Erfolgsaussichten dieser Klage sind.

Herr Kühnapfel antwortet dazu, dass, wer soeben den vorangegangenen Ausführungen von Frau Schwarzweller zugehört habe, hören konnte, dass die Verwaltung der Sache gelassen entgegen sieht und keine Chancen für den Kläger sieht, dass die Klage durchkommt.

Frau Schwarzweller betont noch einmal, dass vom Investor gefordert wurde, den Sachverhalt auf die Tagesordnung zu setzen. Sie zitiert aus der Vertretungsanzeige des die Stadt vertretenden Rechtsanwaltes. Sie fragt die Stadtverordneten noch einmal, ob sie in Wünsdorf einen Solarpark haben möchten. Zuständig für die Entscheidung sei die Stadtverordnetenversammlung und nicht die Verwaltung.

Herr Gurczik fragt, mit welcher Genehmigung der Investor die Rodung des Areals vorgenommen habe.

Herr Kühnapfel lehnt eine weitere Beratung in der Stadtverordnetenversammlung zu diesem Thema derzeit ab, da schon oft gesagt wurde, dass das Vorhaben nicht fortgesetzt werden soll.

Herr Blanke fragt, ob dem anwesenden Investor nicht ausnahmsweise Rederecht eingeräumt werden könne. Er beantragt das Rederecht für den Investor des geplanten Solarparks am Koschewoi-Ring.

Herr Gurczik erklärt, dass das Stimmungsbild abgeholt wurde. Warum und aus welchen Gründen wurde gerodet? Die Untere Naturschutzbehörde habe Bedenken. Die Stadtverordneten seien nicht dafür da, diese Dinge zu beheben.

20:06 – Herr Klucke raus

Abstimmung zum Rederecht für den Investor: 9 / 13 / 0

Das von Herrn Blanke beantragte Rederecht wurde damit mehrheitlich abgelehnt.

Herr Kühnapfel bittet um Abgabe eines Stimmungs- bzw. Meinungsbildes, ob die Thematik Solarpark am Koschewoi-Ring noch einmal auf eine Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung soll.

Zwei Stadtverordnete stimmen dafür, 12 Stadtverordnete stimmen mit NEIN, 7 Stadtverordnete enthalten sich.

Herr Kühnapfel fasst zusammen, dass die eindeutige Mehrheit der Stadtverordneten das Thema auf keiner weiteren Stadtverordnetenversammlung haben möchte.

Herr Manthey signalisiert einen Antrag zur Geschäftsordnung und gibt zu Protokoll, dass er nicht abgestimmt habe. Er habe weder mit JA noch NEIN noch mit Enthaltung gestimmt.

Herr Kühnapfel unterbricht die Sitzung um 20:09 Uhr für eine kurze Pause.  
Die Sitzung wird ab 20:24 Uhr fortgesetzt.

**zu 10      Finanzielle Unterstützung der Schultütenpatenschaften**

Vor der Sitzung wurde unter den Stadtverordneten eine Liste herumgereicht, auf der diese ihren Spendenwunsch notieren konnten. Ebenso erhielten die Stadtverordneten auf ihre Tische eine kurze Präsentation zum Thema Schultütenpatenschaften. Diese Präsentation wurde von Frau Schwarzweller für alle Anwesenden vorgestellt. Sie ist dem Urprotokoll als Anlage beigefügt.

**zu 11      Beschlussvorlagen**

**zu 11.1    Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Zossen für das Jahr 2021 über die Ladenöffnungszeiten aus besonderem Anlass gemäß § 5 Abs. 1 des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes (BbgLÖG) in der derzeit gültigen Fassung  
Vorlage: 087/21**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Ordnungsbehördliche Verordnung (OBV) der Stadt Zossen über die Ladenöffnungszeiten aus besonderem Anlass gemäß § 5 Abs. 1 des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes (BbgLÖG)*

a) *in der vorliegenden Form*

oder

b) *in der laut Protokoll geänderten Fassung.*

***Diese Verordnung tritt nur in Kraft, wenn zum Zeitpunkt der Ladenöffnungen keine anderen Regelungen nach dem Infektionsschutz oder einer dann gültigen Eindämmungsverordnung gelten und der vorliegenden ordnungsbehördlichen Verordnung widersprechen.***

Durch die Fraktion Plan B wurde vor Sitzungsbeginn ein schriftlicher Antrag auf namentliche Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt vorgelegt.

Auf Nachfrage seitens des Vorsitzenden äußerte niemand Beratungsbedarf.

Herr Klucke signalisiert einen Antrag zur Geschäftsordnung. Jeder Stadtverordnete soll das Mikrophon benutzen, um seine Abstimmung bekannt zu geben.

Abstimmung zu a)

	JA	NEIN	Ent.		JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke			X	Her Magasch	X		
Herr Christ	X			Herr Manthey			X
<del>Herr Czesky</del>	X			Herr Njammasch	X		
Herr Gurczik	X			<del>Herr Preuß</del>			
Herr Herrmann	X			Herr Reimann			X
Herr Hummer				Herr Reimer	X		
Herr Just	X			Herr Rümpel	X		
Herr Käthe	X			Herr Schulz	X		
Herr Klucke			X	Frau Schwarzweller	X		
<del>Herr Kniesigk</del>				Herr Sloty			X
Frau Küchenmeister	X			Herr von Lützow	X		
Herr Kühnapfel	X			Herr Wilke			X
Herr Leisten	X			Herr Wollgramm			X
Frau Leisten	X			Herr Zurawski	X		



Abstimmungsergebnis: 18 / 0 / 7  
 Damit wurde der Beschluss mehrheitlich gefasst.

**zu 11.2 1. Umbenennung des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Zossen Mitte" in (Straßen-) Bebauungsplan „Verlegung B246 / Brückenbau zur B96" 2. Offenlagebeschluss (Straßen-) Bebauungsplan „Umleitung B246 / Brückenbau zur B96“  
 Vorlage: 083/21**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*Die Umbenennung des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Zossen Mitte“ in (Straßen-) Bebauungsplan „Verlegung B246 / Brückenbau zur B96“*

*und*

*den Entwurf des (Straßen-) Bebauungsplanes „Verlegung B246 / Brückenbau zur B96“ wird gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich ausgelegt. Die Bekanntmachung erfolgt ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Zossen. Parallel werden die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB beteiligt.*

Durch die Fraktion Plan B liegt ein schriftlicher Antrag auf namentliche Abstimmung vor.

	JA	NEIN	Ent.		JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke			X	Her Magasch	X		
Herr Christ	X			Herr Manthey		X	
<del>Herr Czesky</del>				Herr Njammasch	X		
Herr Gurczik	X			<del>Herr Preuß</del>			
Herr Herrmann	X			Herr Reimann	X		
Herr Hummer	X			Herr Reimer	X		
Herr Just	X			Herr Rümpel	X		
Herr Käthe	X			Herr Schulz	X		
Herr Klucke		X		Frau Schwarzweller	X		
<del>Herr Kniesigk</del>				Herr Sloty	X		
Frau Küchenmeister	X			Herr von Lützow	X		
Herr Kühnapfel	X			Herr Wilke		X	
Herr Leisten	X			Herr Wollgramm	X		
Frau Leisten	X			Herr Zurawski	X		

Abstimmungsergebnis: 21 / 3 / 1  
 Damit wurde der Beschluss mehrheitlich gefasst.

**zu 11.3 Satzung zur Benutzung von Kindertagesstätten in der Trägerschaft der Stadt Zossen sowie zur Erhebung und Höhe der Elternbeiträge (Kita-Satzung)  
 Vorlage: 078/21**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*Die in der Anlage befindliche Satzung in der vorliegenden Form.*

*Frau Küchenmeister erklärt, dass in die Verträge ein weiterer Satz bezüglich der Eingewöhnung aufgenommen werden sollte. Dieser Satz lautet: „... In besonderen Fällen kann die Eingewöhnungszeit um eine weitere Woche verlängert werden.“*

Frau Schwarzweller stimmt dem als Verwaltung zu. Man habe sich mit Leiterinnen und Mitarbeitern abgestimmt. Die gängige Eingewöhnungszeit in der Kita liege bei 2 Wochen. Eine Ergänzungsklausel, dass in Ausnahmefällen eine Verlängerung auf drei Wochen möglich ist, sei sinnvoll. Es werde zum Wohle des Kindes seitens der Eltern und der Leiterinnen entschieden.

Die Satzung wurde ausführlich im RSO und im SJBS diskutiert. Es bestehe insofern Eilbedürftigkeit, da das Gute-Kita-Gesetz bis zum 31.08. dieses Jahres umgesetzt werden müsse.

Da auch für diesen Tagesordnungspunkt ein vor der Sitzung vorgelegter schriftlicher Antrag der Fraktion Plan B vorhanden ist, bittet Herr Kühnapfel um namentliche Abstimmung mit der Ergänzung des von Frau Küchenmeister vorgelesenen Satzes im Betreuungsvertrag zur Eingewöhnung. Ein exemplarisches Muster ist dem Urprotokoll als Anlage beigelegt.

	JA	NEIN	Ent.		JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke		X		Her Magasch	X		
Herr Christ	X			Herr Manthey		X	
<del>Herr Czesky</del>				Herr Njammasch	X		
Herr Gurczik	X			<del>Herr Preuß</del>			
Herr Herrmann	X			Herr Reimann	X		
Herr Hummer	X			Herr Reimer	X		
Herr Just	X			Herr Rümpel	X		
Herr Käthe	X			Herr Schulz	X		
Herr Klucke		X		Frau Schwarzweller	X		
<del>Herr Kniesigk</del>				Herr Sloty	X		
Frau Küchenmeister	X			Herr von Lützow	X		
Herr Kühnapfel	X			Herr Wilke		X	
Herr Leisten	X			Herr Wollgramm	X		
Frau Leisten	X			Herr Zurawski	X		

Abstimmungsergebnis: 21 / 4 / 0

Damit wurde der Beschluss mehrheitlich gefasst.

**zu 11.4 Einbringung einer Sacheinlage in die Schulbau Dabendorf GmbH über die ZWG  
Vorlage: 081/21**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Einbringung einer Sacheinlage in die Zossener Wohnungsbaugesellschaft mbH (ZWG) um die bewilligten Fördermittel zu erhalten.*

*a) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt, die bereits erbrachten Leistungen für die Wärmepumpenanlage zur Abwasserwärmenutzung kostenfrei in die Zossener Wohnungsbaugesellschaft mbH einzubringen. Durch die Einbringung der Sacheinlage erhöht sich der Finanzanlagewert der ZWG in der Bilanz der Stadt Zossen im Haushaltsjahr 2021 um 432.195,17 EUR (zzgl. Planungsleistungen).*

oder

*b) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt, die bereits erbrachten Leistungen für die Wärmepumpenanlage zur Abwasserwärmenutzung in Höhe von 432.195,17 EUR. (zzgl. Planungsleistungen) an die Zossener Wohnungsbaugesellschaft mbH zu verkaufen.*

Von Frau Schwarzweller zurückgezogen, da die Beschlussvorlage nach der Sommerpause im Finanzausschuss diskutiert werden soll.

zu 11.5 **Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan "Siedlung Neuhof" im Ortsteil Wünsdorf (Gemeindeteil Neuhof)**  
Vorlage: 042/21

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Siedlung Neuhof“ im Ortsteil Wünsdorf (Gemeindeteil Neuhof) in Zossen und deren Bekanntmachung gemäß § 2 (1) BauGB.*

Herr Kühnapfel unterbricht die Sitzung um 20:52 Uhr für eine kurze Pause. Er führt die Sitzung ab 21:00 Uhr wieder fort.

Die Stadtverordneten erhielten vor der Sitzung eine Präsentation zum Bebauungsplan „Siedlung Neuhof“ in Papierform. Diese Präsentation wird von Frau Schwarzweller für die Anwesenden gezeigt und erläutert. Sie ist dem Urprotokoll als Anlage beigefügt.

Herr Reimer stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf namentliche Abstimmung. Seitens der Fraktion Plan B wurde bereits vor der Sitzung ein gleichlautender Antrag vorgelegt.

Herr Wilke äußert Bedenken hinsichtlich der Finanzierung des B-Planverfahrens und dass er Probleme bei der weiteren Bearbeitung des Flächennutzungsplanes sehe. Außerdem sehe er Benachteiligungen für andere Ortsteile, die ähnliche Probleme haben. Er sieht weiteren Beratungsbedarf in den Ausschüssen.

Herr Christ macht nachdrücklich auf die Gefahr aufmerksam, dass jeder Waldbesitzer seinen Wald noch schnell bewirtschaftet. Der zu erhaltende Waldcharakter ist damit in Gefahr.

Herr Kühnapfel erkennt die Gefahr, die seitens Herrn Christ aufgezeigt wurde. Er äußert den Wunsch, die Beschlussvorlage zunächst im Finanzausschuss zu beraten. Er beantragt die Verschiebung der Beschlussvorlage auf die nächste Sitzung.

Frau Schwarzweller betont, dass die Stadtverordneten die Kosten für das B-Planverfahren im Haushalt 2022 wiederfinden werden. Sie sehe ein geringes Risiko. Mit einem B-Plan werden klare Strukturen und Verhältnisse geschaffen.

Herr Kühnapfel fasst zusammen, dass die Mehrheit der Abgeordneten der Meinung sei, dass Handlungsbedarf bestehe. Die Beschlussvorlage soll in die Ausschüsse verwiesen werden und nach der Beratung mit einem anderen Text vorgelegt werden.

Dieser Vorschlag trifft nicht die Meinung aller Stadtverordneten. Frau Schwarzweller beantragt eine kurze Beratungspause mit den Fraktionsvorsitzenden.

Herr Kühnapfel unterbricht die Sitzung um 21:25 Uhr für eine Beratungspause zwischen den Fraktionsvorsitzenden. Ab 21:33 Uhr führt er die Sitzung fort.

Als Ergebnis der Beratung wird folgende Willensbekundung der Stadtverordneten zu Protokoll genommen:

*Es wird kurzfristig die Verhängung einer Veränderungssperre für das B-Plangebiet „Siedlung Neuhof“ erarbeitet.*

Herr Reimer beantragt mittels Geschäftsordnungsantrag das Ende der Debatte da kein Erkenntnisgewinn da sei.

Herr Hummer signalisiert ebenfalls einen Antrag zur Geschäftsordnung. Dieser stellt sich jedoch als Wortmeldung heraus, worauf Herr Kühnapfel hinweist.

Abstimmung Ende der Debatte: 14 / 4 / 5

Durch die Fraktion Plan B, Herr Wilke, wurde vor der Sitzung ein schriftlicher Antrag auf namentliche Abstimmung vorgelegt.

	JA	NEIN	Ent.		JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke		X		Her Magasch			X
Herr Christ			X	Herr Manthey		X	
<del>Herr Czesky</del>				Herr Njammasch	X		
Herr Gurczik			X	<del>Herr Preuß</del>			
Herr Herrmann			X	Herr Reimann	X		
Herr Hummer			X	Herr Reimer	X		
Herr Just	X			Herr Rümpel	X		
Herr Käthe	X			Herr Schulz			X
Herr Klucke		X		Frau Schwarzweller	X		
<del>Herr Kniesigk</del>				Herr Sloty	X		
Frau Küchenmeister			X	Herr von Lützow	X		
Herr Kühnapfel	X			Herr Wilke			X
Herr Leisten	X			Herr Wollgramm	X		
Frau Leisten			X	Herr Zurawski	X		

Abstimmungsergebnis: 13 / 3 / 9  
Der Beschluss wurde damit mehrheitlich gefasst.

**zu 11.6 Errichtung einer Tempo-30-Zone in der Siedlung Neuhof**  
**Vorlage: 074/21**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*Die Errichtung einer Tempo-30-Zone in der Siedlung Neuhof. Die Zonenbeginn- und -endpunkte sind jeweils Joachimstraße (vom Kreuzungsbereich Neuhof Dorfstraße kommend), Wünsdorfer Weg (vom Kreuzungsbereich Neuhof Dorfstraße kommend), Neuhof Weg (vor Kreuzungsbereich Bergstraße aus Richtung Wünsdorfer Seestraße kommend) und Lindenallee (vor Kreuzungsbereich Ahornallee aus Richtung Sapherscher Weg kommend).*

*Die Ausweisung erfolgt mittels doppelseitigen Zonenschildern, welche in Rohrrahmen montiert werden.*

Herr Manthey bemängelt, dass auf der Beschlussvorlage keine 30 km/h-Schilder eingezeichnet wurden. Er beantragt die Verweisung der Beschlussvorlage in die Ausschüsse zur Überarbeitung der Anlage.

Herr von Lützow gibt an, dass in der Begründung das Wort „Wünsdorf“ in „Neuhof“ geändert werden müsse.

Herr Hummer signalisiert einen Antrag zur Geschäftsordnung: Da sehr viele Investoren anwesend seien, bittet er um Abarbeitung der Tagesordnung bis einschließlich Tagesordnungspunkt 11.12. Dies auch über 22 Uhr hinaus.

Abstimmung zu diesem Antrag: 15 x Ja, damit ist die Mehrheit gegeben, die Sitzung wird bis zu Tagesordnungspunkt 11.12 auch über 22 Uhr hinaus fortgesetzt.

Herr Njammasch stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte.

Abstimmung zum Ende der Debatte: 22 / 1 / 2

Durch die Fraktion Plan B liegt ein schriftlicher Antrag auf namentliche Abstimmung vor.

	JA	NEIN	Ent.		JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke		X		Her Magasch	X		
Herr Christ	X			Herr Manthey		X	

Herr Czesky				Herr Njammasch	X		
Herr Gurczik		X		<del>Herr Preuß</del>			
Herr Herrmann	X			Herr Reimann	X		
Herr Hummer	X			Herr Reimer	X		
Herr Just	X			Herr Rümpel	X		
Herr Käthe	X			Herr Schulz	X		
Herr Klucke		X		Frau Schwarzweller	X		
<del>Herr Kniesigk</del>				Herr Sloty	X		
Frau Küchenmeister	X			Herr von Lützow	X		
Herr Kühnapfel	X			Herr Wilke		X	
Herr Leisten	X			Herr Wollgramm	X		
Frau Leisten	X			Herr Zurawski	X		

Abstimmungsergebnis: 20 / 5 / 0

Damit wurde der Beschluss mehrheitlich gefasst.

**zu 11.7 Offenlagebeschluss Entwurf des Bebauungsplanes "Südlich Gerichtsstraße 20"  
Vorlage: 084/21**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*den Entwurf des Bebauungsplanes „Südlich Gerichtsstraße 20“ wird in der vorliegenden Form gebilligt*

*und*

*den Entwurf des Bebauungsplanes „Südlich Gerichtsstraße 20“ wird gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich ausgelegt. Die Bekanntmachung erfolgt ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Zossen: Parallel werden die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB beteiligt.*

Herr Just stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte 11.7, 11.10 und 11.11 um 6 Monate nach hinten zu verschieben. Im Rahmen des INSEK solle erst geschaut werden, welche Auswirkungen die Bebauungspläne auf die Infrastruktur von Zossen haben.

Frau Schwarzweller plädiert für diesen B-Plan, da der Investor der Verwaltung maßgeblich entgegengekommen ist.

Durch die Fraktion Plan B liegt ein schriftlicher Antrag auf namentliche Abstimmung vor.

	JA	NEIN	Ent.		JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke		X		Her Magasch	X		
Herr Christ	X			Herr Manthey		X	
<del>Herr Czesky</del>				Herr Njammasch	X		
Herr Gurczik	X			<del>Herr Preuß</del>			
Herr Herrmann	X			Herr Reimann		X	
Herr Hummer	X			Herr Reimer	X		
Herr Just		X		Herr Rümpel		X	
Herr Käthe		X		Herr Schulz	X		
Herr Klucke		X		Frau Schwarzweller	X		
<del>Herr Kniesigk</del>				Herr Sloty			X
Frau Küchenmeister	X			Herr von Lützow	X		
Herr Kühnapfel	X			Herr Wilke		X	
Herr Leisten			X	Herr Wollgramm			X
Frau Leisten		X		Herr Zurawski	X		

Abstimmungsergebnis: 13 / 9 / 3

Damit wurde der Beschluss mehrheitlich gefasst.

**zu 11.8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Töpchiner Weg - Kleines Dreieck"**  
**Vorlage: 075/21**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

1. *Der Entwurf des Bebauungsplanes „Töpchiner Weg – Kleines Dreieck“, der Plan mit der Begründung und dem Artenschutzfachbeitrag wird in der vorliegenden Form gebilligt.*

*und*

2. *Der Entwurf des Bebauungsplans „Töpchiner Weg – Kleines Dreieck“ wird gemäß § 3 (2) BauGB für die Öffentlichkeitsbeteiligung im Rathaus und auf der Internetseite der Stadt Zossen ausgelegt. Die Bekanntmachung erfolgt ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Zossen. Parallel erfolgt die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB.*

22:06 Uhr - Herr Blanke verlässt die Sitzung; es sind noch 24 Stadtverordnete anwesend.

Abstimmung: 24 / 0 / 0

Damit wurde der Beschluss einstimmig gefasst.

**zu 11.9 Offenlagebeschluss für den Bebauungsplan "Siedlung am Wasserfließ" der Stadt Zossen**  
**Vorlage: 077/21**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*den Entwurf des Bebauungsplanes „Siedlung am Wasserfließ“ wird in der vorliegenden Form gebilligt*

*und*

*der Entwurf des Bebauungsplanes „Siedlung am Wasserfließ“ wird gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich ausgelegt. Die Bekanntmachung erfolgt ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Zossen. Parallel werden die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB beteiligt.*

Abstimmung: 19 / 2 / 3

Damit wurde der Beschluss mehrheitlich gefasst.

**zu 11.10 Offenlagebeschluss des Bebauungsplanes Machnower Chaussee neben NETTO**  
**Vorlage: 043/21**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt*

3. *Der Entwurf des Bebauungsplanes „Wohngebiet Machnower Chaussee“, der Plan mit der Begründung wird in der vorliegenden Form gebilligt.*

*und*

4. *Der Entwurf des Bebauungsplans „Wohngebiet Machnower Chaussee“ wird gemäß § 3 (2) BauGB für die Öffentlichkeitsbeteiligung im Rathaus und auf der Internetseite der Stadt Zossen ausgelegt. Die Bekanntmachung erfolgt ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Zossen. Parallel erfolgt die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB.*

Frau Schwarzweller berichtet, dass der BBW die Vertagung des Beschlusses nach der Sommerpause empfohlen habe, da der geladene Investor nicht anwesend gewesen sei. Man sollte schauen, welche Entwicklungen das INSEK bringe und die Beschlussvorlage

auf den nächsten BBW nach der Sommerpause vertagen. Der Investor würde dann erneut zur Vorstellung seines Vorhabens eingeladen werden.

Abstimmung zur Verweisung in den BBW nach der Sommerpause: 23 / 1 / 0

**zu 11.11 Offenlagebeschluss für den Bebauungsplan „Wohngebiet Glienicker Straße – 2. BA“ der Stadt Zossen  
Vorlage: 076/21**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*den Entwurf des Bebauungsplanes „Wohngebiet Glienicker Straße – 2. BA“ wird in der vorliegenden Form gebilligt*

*und*

*der Entwurf des Bebauungsplanes „Wohngebiet Glienicker Straße – 2. BA“ wird gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich ausgelegt. Die Bekanntmachung erfolgt ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Zossen. Parallel werden die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB beteiligt.*

Frau Schwarzweller berichtet, dass sich der Ortsbeirat Zossen bei dieser Beschlussvorlage ebenfalls unsicher sei. Im BBW sei es ebenfalls zu vielen Diskussionen gekommen. Frau Schwarzweller empfiehlt abzuwarten, wie sich die Zahlen bzw. die Bevölkerungsstrukturen in Dabendorf weiter entwickelt und bittet um Vertagung der Beschlussvorlage.

Abstimmung zur Vertagung: 20 / 2 / 2

**zu 11.12 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes "Wohnsiedlung Machnower Chaussee"  
Hier: Befreiung von der Festsetzung "zu erhaltender Baum"  
Vorlage: 061/21**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*Die Befreiung von der Festsetzung „zu erhaltender Baum“ des Bebauungsplanes „Wohnsiedlung Machnower Chaussee“; für das Flurstück 593, Flur 2 in der Gemarkung Zossen.*

Abstimmung: 22 / 0 / 2

Herr Kühnapfel schließt die Sitzung um 22:19 Uhr. Die nicht abgearbeiteten Tagesordnungspunkte werden nach der Sommerpause behandelt.

Hermann Kühnapfel  
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Miriam Heinrich  
Protokollantin  
(29.06.2021)